

Laudatio

Walther Rode-Preis 2017

an die Redaktionen der ORF2-Magazine

Report und Hohes Haus

Wieder fällt die Verleihung des Rode-Preises in eine Zeit, in der politisch viel verhandelt wird, damit alles ganz neu werde, wie wir hören. Auch Medienpolitik soll ganz neu aufgestellt werden. Für den Rundfunk etwa, so kündigten ParteienvertreterInnen, vor allem jene der FPÖ an, hätten sie ein anderes, neues Konzept schon länger in der Lade.

Wir werden also irgendwann hören und sehen, wie öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der eine Stiftung ist und uns allen gehört, künftig aussehen soll. Falls uns Hören und Sehen nicht vergeht, weil wir noch staunen werden.

Als ForscherInnen halten wir ein duales Rundfunksystem mit einer bedeutsamen Rolle von Public Broadcasting für gesellschaftlich notwendig. Sofern das Rundfunksystem seine Aufgabe so weit erfüllt, dass das Publierte eine Grundlage ist, um informiert über unsere Gesellschaft, über Politik, Wirtschaft, Kultur zu reden. Das nennen wir dann gemeinhin Qualität des öffentlichen Diskurses.

Der „Grundgedanke eines dualen Rundfunksystems ist“, so fassen es unsere KollegInnen des Hamburger Bredow-Instituts schlicht in einem Satz zusammen, „dass die Konkurrenz (....) bei der die jeweiligen Stärken zur Geltung kommen, positive Auswirkungen auf die öffentliche und individuelle Meinungsbildung hat“¹.

Die Regierung Großbritanniens hat zuletzt 2016 in einer aktualisierten Royal Charta ebenso schlicht die erste Aufgabenstellung – den „Public purpose“ – der BBC so formuliert: „To provide impartial news and information to help people understand and engage with the world around them.“² Angestrebt werde ein Mehrwert für alle, um gesellschaftliche Ziele wie Meinungsvielfalt, Partizipation oder die Vermittlung von Kultur und Bildung zu erreichen, die, so heißt es schon in früheren Charta-Versionen, „unter rein marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht oder nur unzureichend erfüllt werden können“.³

Soweit der Auftrag an die BBC.

Diese wird ja häufig als ein weithin, in internationale Gewässer, ausstrahlender Leuchtturm des öffentlichen Rundfunk-Sektors gesehen – auch wenn selbst dort zuletzt, nach diversen internen Skandalen, politischen Disputen und allerlei Budgetkürzungen das Licht der publizistischen Aufklärung immer öfter bedenklich geflackert hat.

Der Kern des Auftrags aber ist das, was ein österreichischer Kanzler einmal „die Durchflutung der Gesellschaft mit Demokratie“ nannte. Das erscheint uns angemessen als Anspruch an den Journalismus, den wir uns wünschen.

¹ Held, Thorsten (2006): Rundfunksystem. In: Hans-Bredow-Institut (Hg.): Medien von A bis Z. Heidelberg, Springer VS. S. 301-305.

² Royal Charter for the continuance of the British Broadcasting Corporation (Cm 9365), December 2016, 6. (1) Public Purposes.

³ Ebenda.

Die ganz praktische Frage an Journalismus, speziell in öffentlich-rechtlichen Sendern ist dann: Wie wird das gelebt? Wo wird das überhaupt gelebt? Wer macht uns die Welt verständlich? Unsere Kommunikation anschlussfähig?

Robert Wiesner, Leiter des wöchentlichen *ORF-Report*, formuliert dazu ein Leitmotiv: „Wir wollen die oft abstrakten, politischen Fragen in ihrer Auswirkung auf das tägliche Leben darstellen“.⁴

Die Nagelprobe für General Interest-Medien ist dabei die Politik-Berichterstattung. Wie ermächtigt sie uns zur Teilnahme am sachkundigen Diskurs?

Der *ORF* ist ja in Österreich beherrschend im Hörfunksektor und mit einem Drittel Marktanteil weiterhin führend im TV-Markt. Er ist als Medienorgel zwar nicht einmal mehr halb so groß wie zu Generalintendant Gerd Bachers Zeiten, aber der *ORF* pfeift immer noch am lautesten.

Das weiß auch die Medienpolitik nur zu gut. Sie ist deswegen begehrt. Wie sehr, werden wir bald wieder beobachten können. Der Zugriff wird stets über die politisch gelenkten Gremien und das leitende Personal gesucht.

Im schlechteren Fall teilt das Management die Kümernisse und Ängste der Politik. Das ist nicht ganz neu. So meldete eine Tageszeitung:

„Hauptsorge des Fernsehens ist jetzt: Wie verteilt man die Posten so, dass das Koalitionsgeschäft nicht in Gefahr gerät“.⁵

Das war der *Bild-Telegraf* anlässlich des Starts des österreichischen Fernsehens im Jahr 1955.

Warum nur kommt uns das als mögliche Überlegung von Regierungen, unlängst gewesenen und bald einmal kommenden, auch mehr als sechs Jahrzehnte danach nicht ganz fremd vor?

Die Verfasstheit des öffentlichen Rundfunks in Europa erzählt uns viel über die jeweilige politische und journalistische Kultur eines Landes. Daniel C. Hallin und Paolo Mancini haben in ihrer weltweit viel zitierten Arbeit zum Vergleich von westlichen Journalismus-Kulturen⁶ Österreich als Teil einer „demokratisch-korporatistischen“ Medienlandschaft gemeinsam mit Deutschland und Skandinavien eingeordnet. Öffentlicher Rundfunk ist darin ein zentraler Bestandteil, anders als in den USA, wo National Public Radio nur rudimentär vorkommt und ein privater Medienmarkt für Vielfalt der Meinungen und Grundlagen des Gesellschaftsverständnisses sorgen soll.

⁴ Persönliches Gespräch mit Robert Wiesner, 8.11.2017.

⁵ *Bild-Telegraf*, September 1955. Zit. nach Egert, Viktor (1977): 50 Jahre Rundfunk in Österreich. Band III: 1955-1967. Salzburg, Residenz Verlag. S. 16.

⁶ Hallin, Daniel C./Mancini, Paolo (2004): *Comparing Media Systems. Three Models of Media and Politics*. Cambridge, University Press.

Vor allem in zentral- und nordeuropäischen Ländern sehen wir immer wieder nach, ob und wie guter Journalismus in öffentlichen Rundfunk überhaupt gedeihen kann, welcher ökonomischer und politischer Spielraum dafür zur Verfügung steht.

Für unseren Rode-Preis 2017 war von Interesse, ob und wie eine alte Frage von Immanuel Kant, die eigentlich an die Pädagogik gerichtet war, im öffentlichen Rundfunk beantwortet werden kann. Diese Frage lautet: „Wie kultiviere ich die Freiheit bei dem Zwange?“⁷ Die journalistische Freiheit, die wir hier suchen, ist im Kant'schen Sinne sogenannte „Willkür-Freiheit“⁸. Es geht um die „Unabhängigkeit von eines anderen nötiger Willkür“⁹.

In unserer Arbeit und in Sitzungen haben wir die alte Kant-Frage für unsere Zwecke neu gestellt:

Gibt es Beispiele für unabhängigen, politischen Journalismus im öffentlichen Rundfunk, möglichst unbeeinträchtigt von den wandelbaren politischen Rahmenbedingungen und Begehrlichkeiten?

Konkret heißt das: Finden wir im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, dessen Bedeutung für die politische Kommunikation und Kultur im Lande gerade in den vergangenen Monaten uns wieder bewusst gemacht wurde, finden wir da Programme, Formate und Formen, die mit journalistischer Qualität unsere kundige Teilnahme am politischen Diskurs erleichtern?

Ja. Wie Sie schon wissen, sind wir bei unseren Überlegungen fündig geworden: Die *ORF-Magazine Report* und *Hohes Haus* erfüllen diese Forderung immer wieder in hohem Ausmaß.

Das ist seit längerer Zeit so.

Die Vorläufer-Sendungen von *Hohes Haus* stammen aus den 1970er-Jahren, die erste regelmäßige *ORF*-Sendung mit der Absicht, die oft sperrigen Abläufe in National- und Bundesrat verständlicher zu machen, ging 1980 auf Sendung. Über die Jahrzehnte emanzipierten sich die *ORF*-Magazinformaten, entwickelten sich das unabhängige Selbstverständnis und Rollenbild der JournalistInnen. Das braucht aber auch ein verständnisvolles Publikum. Zumindest die Älteren im Saal erinnern sich zweifellos an das legendäre Interview von Hans Benedict und Peter Rabl mit dem damaligen österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim über dessen Kriegsvergangenheit anhand des Berichts der sogenannten Historikerkommission. Das war 1988 im *Inlandsreport*, dem Vorläufer des heutigen *Reports*. Nicht nur der Präsident war über die sachlich und hartnäckig formulierten Fragen „not amused“ – auch ein großer Teil des Publikums empfand derlei Journalismus damals noch als empörend.

⁷ Giesinger, Johannes (2011): „Wie kultiviere ich die Freiheit bei dem Zwange?“ Zu Kants Pädagogik. *Pädagogische Rundschau* 3/2011. http://www.erziehungsphilosophie.ch/publikationen/Giesinger_Freiheit-bei-dem-Zwange_orig.pdf (Zuletzt eingesehen am 17.11.2017).

⁸ Ebda.

⁹ Ebda.

Und doch war es jener Journalismus, der – übrigens ganz im Geiste von Walther Rode – unerschrocken der Obrigkeit nicht hörig ist.

Es war eine mühevolle Emanzipationsbewegung. Noch in den 1990er-Jahren hielt der Medienjournalist Harald Fidler in seinem Buch „Sendepause“ den problematischen Deal zwischen Politik und Rundfunk nüchtern fest: „Die Parteien entscheiden über Mediengesetze. Der ORF bietet dafür Öffentlichkeit“.¹⁰

Dass Politikberichterstattung im *ORF* dennoch allmählich zu einer Grundlage für kritische Bewusstseinsbildung über politische Zusammenhänge wurde – das war ein langer Weg. Aber er wurde beschritten. Als wir – eine JournalistInnen-Generation nach Waldheim – für unseren „Journalisten-Report III“ Österreichs Politik-JournalistInnen nach ihrem Selbstverständnis befragten, rangierten zwei Aussagen, auch bei den *ORF*-MitarbeiterInnen, ganz oben: Zum einen wollen sie heute „Kritik an Missständen üben“ (97% Zustimmung), zum anderen „komplexe Sachverhalte erklären und vermitteln“ (96% Zustimmung).¹¹

Der Sendung *Hohes Haus* gelingt das besonders gut. Die Herausforderung, so beschreibt der Sendungsverantwortliche Fritz Jungmayr, sei es „nicht nur abzubilden, sondern auch einzuordnen“¹². Sorgfältige Auswahl und Einladung von sachkundigen AnalytikerInnen und ExpertInnen ist im *Hohen Haus* ein Qualitätsmerkmal. Die Politikanalyse: Das macht hier nicht einer für alles, sondern es gibt eine Vielfalt von Positionen.

Aus unseren Medien-Beobachtungen hier ein Praxis-Beispiel: Im Mehrparteienkonsens beschließen SPÖ, ÖVP mit Unterstützung der Grünen, also der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, in letzter Minute vor dem Ende der Legislaturperiode im Juni 2017 ein neues Schulorganisations-Gesetz. Die Sendung *Hohes Haus* erklärt die Behändigkeit des Schulwesens im historischen Kontext, berichtet vom Beschluss, der von Regierung und Grünen in Plenum und Säulenhalle als Erfolg präsentiert wird, die Sendung bringt Oppositionskritik zu Gehör und Stimmen von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern. Das Redaktionsteam misst Ergebnisse an den vollmundigen Ankündigungen, zeigt das langwierige Verfahren – und wird dabei selbst keineswegs langweilig. Im Studio-Interview mit Patricia Pawlicki zerlegt schließlich ein – erfreulich eloquenter – Pädagogik-Professor das neue Gesetz in seine Nichtigkeiten und weitgehend folgenlosen Floskeln.

So verstehen wir journalistische Qualität: Sagen, was ist, fragen, was sein könnte, damit wir – das Publikum – immer wieder entscheiden können, was sein sollte.

Zwei Dinge gefallen uns dann an Beiträgen zu solch wesentlichen Zukunftsfragen wie jenem über das Schulwesen doch nicht. Erstens: Der Sendetermin am Sonntag um 12 Uhr, präzise zur Schnitzelzeit also. Das ist schwer bekömmlich.

¹⁰ Fidler, Harald/Merkle, Andreas (1999): Sendepause. Medien und Medienpolitik in Österreich. Oberwart, Edition lex liszt 12. S. 113.

¹¹ Kaltenbrunner, Andy/Karmasin, Matthias/Kraus, Daniela (Hg.): Der Journalisten-Report III. Politikjournalismus in Österreich. Wien, Facultas. S. 19.

¹² Persönliches Gespräch mit Fritz Jungmayr, 10.11.2017.

Und zweitens: Wenn Sie diesen Beitrag zum neuen Schulgesetz oder andere zu Österreichs Parlamentarismus nun doch nochmal nachsehen wollen, dann geht das leider nicht. Das *ORF*-Gesetz erlaubt ja nur sieben Tage Archivierung in der sogenannten TVthek. Das, mit Verlaub, ist absurd. Für alle Nachrichtensendungen, Magazine und eben auch die Sendung *Hohes Haus*, an deren Beispiel die Unzukömmlichkeit besonders hübsch illustrierbar ist: Der Nationalrat hat ja selbst jenes *ORF*-Gesetz beschlossen, wonach alle Sendungen, auch die Berichte und Analysen zur Arbeit des *Hohen Hauses*, nur eine Woche lang wiederauffindbar sind. Während sich viele *ORF*-JournalistInnen also redlich und recht erfolgreich um moderne Formate der Politik- oder auch Kulturvermittlung bemühen, ist diese gesetzliche Vorgabe zur Geschichtslosigkeit im digitalen Zeitalter vorgestrig.

Wir wissen: Die Idee solcher Einschränkungen, auch beim Archiv-Angebot für öffentlichen Rundfunk, ist es, mehr Fairness für private Medienanbieter zu schaffen. Letztere müssen ihren Journalismus weit überwiegend – wenn auch ebenfalls nicht ausschließlich – ohne Gebührenfixum im freien Markt finanzieren. Dieses Argument ist gut nachvollziehbar. Es ist umso verständlicher, als die Dualisierung des Radio- und TV-Marktes in Österreich so viel später erfolgt ist als fast überall andernorts in Europa.

Und doch erschließt sich uns nicht, welche Nachteile *ProSiebenSat.1Puls4.ATV* oder *ServusTV* hätten, wenn wir alle den *ORF-Report* oder das *Hohe Haus*, das Wirtschaftsmagazin *Eco* oder *kulturMontag* auch ein, zwei Jahre nach Ausstrahlung noch im Internet finden können. „Das Archiv ist die Rache der Journalisten an den Politikern“, soll der *ORF*-Moderator Robert Hochner einmal launig gemeint haben. Vielleicht haben das manche Medienpolitiker zu gut verstanden. Vielfältig zeigt Forschungsarbeit¹³ ja: Speziell in Kleinstaaten mit starker, gleichsprachiger ausländischer Konkurrenz hat Public Broadcasting auch sehr spezifische nationale, kulturelle Aufgaben. Sie werden keineswegs nahtlos von privaten Anbietern übernommen, wenn Public Broadcaster darauf verzichten. Das Alternativ-Format zu *Hohes Haus* im Privat-TV etwa: Wir sehen es bisher nicht. Die in Österreich maximal erreichbare Zielgruppe von – nur – ein paar hunderttausend an parlamentarischen Entwicklungen besonders Interessierten TV-ZuseherInnen: Das rechnet sich für private TV-Anbieter offensichtlich nicht.

¹³ vgl. z.B. Aalberg, Toril/van Aelst, Peter/Curran, James (2010). Media Systems and the Political Information Environment: A Cross-National Comparison. In: International Journal of Press/Politics, 15(3). S. 255-271. Dörr, Dieter/Holznapel, Bernd/Picot, Arnold (2016): Legitimation und Auftrag des öffentlich-rechtlichen Fernsehens in Zeiten der Cloud. Gutachten im Auftrag des ZDF. Karmasin, Matthias/Süssenbacher, Daniela/Gonser, Nicole (Hg.) (2010b): Public Value. Theorie und Praxis im internationalen Vergleich. Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften. Köster, Jens/Wolling, Jens (2006): Nachrichtenqualität im internationalen Vergleich. Operationalisierungen und empirische Ergebnisse. In: Weischenberg, Siegfried/Loosen, Wiebke/Beuthner, Michael (Hg.): Medien-Qualitäten. Öffentliche Kommunikation zwischen ökonomischen Kalkül und Sozialverantwortung. Konstanz, UVK. S. 75-94. Puppis, Manuel/Schweizer, Corinne (2015): Service public im internationalen Vergleich. Schlussbericht zuhanden des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM). Freiburg. Seethaler, Josef (2015): Qualität des tagesaktuellen Informationsangebots in den österreichischen Medien: Eine crossmediale Untersuchung. Wien, Schriftenreihe der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH, Bd. 1/2015. Karmasin, Matthias/Kaltenbrunner, Andy: Qualitätsbestimmung im Rundfunk. Studien zu inhaltlichen Interdependenzen und Abgrenzungen von Public Broadcast Service und Privatrundfunk. Studie i. A. von SRG SSR. <http://mhw.at/cgi-bin/page.pl?id=311> (Zuletzt eingesehen am 18.11.2017).

Der alltägliche Vergleich und internationale Beobachtung machen uns aber ganz ohne detaillierte empirisch-komparatistische Vermessung sicher, dass der öffentliche Rundfunk weiter relevant ist: In den USA etwa, behaupten wir, wäre ein wenig mehr davon als gesellschaftlicher Kitt mit Bildungssubstrat dem Lande in den vergangenen Jahren durchaus zuträglich gewesen. In mediterranen Mediensystemen wiederum, wie in Spanien, stellen wir zuletzt fest, dass ein politisch gegängeltes und von Steuern abhängiger, finanziell filetierter öffentlicher Rundfunk sein Publikum rasch verliert. In politisch besonders emotionalen, kritischen Momenten, wie eben jetzt im Konflikt um Katalonien, fehlt abgesicherter, unabhängiger Journalismus mit Übersicht und Glaubwürdigkeit für alle Menschen im Land schmerzlich.

Gleich nebenan von uns, in der Schweiz, wird übrigens im März unter dem Namen „No Billag“ eine Volksabstimmung zur Rundfunk-Haushaltsgebühr durchgeführt. Die Abschaffung wäre wohl das Ende der SRG. Der Vorschlag wird vermutlich keine Mehrheit bekommen, aber doch sehr viel Zustimmung, prognostizieren uns derzeit einige der aufmerksamsten Schweizer ForscherkollegInnen. Eine Abschaffung von Rundfunkgebühren für den Public Broadcaster hat auch in der nationalbewussten Schweiz heute sehr viel mehr BefürworterInnen als noch vor ein paar Jahren angenommen. Und wenn wir in österreichischen Online-Foren zu Medienthemen nachlesen, so stellen wir schnell fest, dass die GIS auch nicht viel mehr Freunde hat als die spanische Inquisition. Es ist also gut an der Zeit, sachlich über Bedarf und Ausmaß von Geldern für öffentlichen Rundfunk zu reden, seine Schwächen und Behäbigkeit, aber auch anzumerken, wo er manches gut kann.

Der *Spiegel* schrieb erst vor wenigen Wochen in einer Covergeschichte zur Lage von *ARD* und *ZDF*, der öffentliche Rundfunk sei „unter Beschuss wie nie. Seine Glaubwürdigkeit wird angezweifelt. Im Internet schlägt ihm Hass entgegen. Das junge Publikum wendet sich ab“.¹⁴

Thilo Sarrazin, der ehemalige deutsche SPD-Politiker, Manager und heutige politisch rechts-populistische Autor des nationalistischen Besorgnis-Buches mit dem Titel „Deutschland schafft sich ab“, sagte unlängst in einem Branchenmagazin über den öffentlichen Rundfunk, dieser sei „völlig beherrscht von einer sehr einseitigen Sicht auf Fragen wie Einwanderung, Bildung, Demografie und übt beinhaltet Zensur aus“.¹⁵

Das ist ziemlich frech von jemandem wie Sarrazin, der selbst durch TV-Talkshows auch in *ARD* und *ZDF* geradezu getingelt ist. Es ist aber eben eine bekannte, politisch zuerst weit rechts zu Popularität gelangte Position, die im Zentrum Europas und als Argument immer öfter im Mainstream der Gesellschaft angekommen ist: Medien schlechthin, der öffentliche Rundfunk speziell, würden bei den großen politischen Themen der Gegenwart geknebelt und von der Politik am Gängelband vorgeführt.

¹⁴ Brauck, Markus/Goos, Hauke/Hülsen, Isabell/Kühn, Alexander (2017): Bildstörung. *Spiegel* 41/2017. S. 10ff.

¹⁵ Schellong-Lammel, Bettina (2017): Es wird weiter Zuwanderung geben. Interview mit Thilo Sarrazin. <http://www.theeuropean.de/sarrazin-thilo/12046-interview-mit-thilo-sarrazin> (Zuletzt eingesehen am 17.11.2107).

Was, fragen wir deswegen, macht öffentlich-rechtliches TV in Österreich, wenn es die großen, emotionalisierenden Themen angreift?

Im September 2015 startet da im *ORF* der *Report* eine Spezial-Reihe unter dem Titel „Der große Österreich-Report“. Das Thema Nummer eins ist dann fast logisch vorgegeben. Eben hatte die große Fluchtbewegung eingesetzt – und diesem Schwerpunkt widmet sich der *Report* hundert Minuten lang: Die Sendung ist vielschichtig, erzählt vom langen Marsch der Fliehenden, gleichermaßen von „Hilfsbereitschaft und Angst“¹⁶ der ÖsterreicherInnen. Die Beiträge argumentieren mit Daten und Fakten zu den zentralen Fragen der Menschen, zu Integrationsfähigkeit oder Kriminalität bei Asylsuchenden etwa. Da wird weder beschwichtigt, noch emotionalisiert. Die Sendung ist vor Ort, findet die deutlichen Bilder und auch historische Parallelen zu Flucht- und Migrationsentwicklungen.

Wer diesem ebenso spannenden, wie unaufgeregten *ORF-Report* am Höhepunkt der Diskussion von 2015 zusah, wusste tatsächlich sofort mehr. Die Dokumentation besteht auch mit noch viel mehr Wissen zum Flüchtlingsthema zwei Jahre danach die Qualitätsprüfung. Zugegeben: Solche Analyse ist jetzt nur noch auf Bestellung möglich. Auch diese *Report*-Folge wurde ja nach sieben Tagen aus der TVthek genommen.

Gut eine halbe Million Menschen sehen im Durchschnitt analog zum Sendetermin beim *Report* zu, in politisch bewegten Zeiten wie zuletzt noch sehr viele mehr. Das ist nicht selbstverständlich – und ein Auftrag. *Report*-Leiter Robert Wiesner sagt: „Die Zeiten, in denen sich der ORF auf eine internalisierte Autorität verlassen konnte, sind vorbei. Wir müssen unsere Glaubwürdigkeit stärker als je zuvor unter Beweis stellen.“¹⁷ Das gelingt immer wieder sehr gut – und zuletzt im aufgeregten Nationalrats-Wahlkampf war die Sendung ein verlässlicher Politik-Anker, um zu verstehen, was Themen sind, die Österreich bewegen können, und was doch nur sogenannte Spins sind, die Parteien und KandidatInnen kurzfristig helfen sollen.

Wie viel Erläuterungsarbeit da auf Hintergrund-Politikberichterstattung zukommt, machte zuletzt vor zwei Wochen ein *Report* besonders deutlich, als Susanne Schnabl versuchte, den Koalitionsverhandlern Gernot Blümel von der ÖVP und Norbert Hofer von der FPÖ im Studio eine ernsthafte Aussage zu politischen Positionen zu entlocken. Auf immer neue konkrete Fragen, zu Steuerpolitik oder Europapolitik etwa, erzählten die beiden doch lieber nur über „den neuen Stil“¹⁸ oder das „positive Arbeitsklima“¹⁹, das nämlich „hart aber herzlich“²⁰ sei, um „gemeinsam zu großen Zielen“²¹ zu kommen, da sei „jeder einzelne gefragt“²², man müsse „auf Augenhöhe verhandeln“²³, es gelte, „den gemeinsamen Pfad“²⁴ zu finden, um

¹⁶ Zitat aus *Report* vom 15.9.2015.

¹⁷ Persönliches Gespräch mit Robert Wiesner, 8.11.2017.

¹⁸ Zitat aus *Report* vom 7.11.2017.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda.

²³ Ebenda.

„die Ziele umzusetzen“²⁵, Ganz wichtig sei es nun „die Qualität sicherzustellen“²⁶, damit nämlich „die Reform nachhaltig sein kann“²⁷. Zum Glück seien die Regierungsverhandlungen „sehr sachorientiert“²⁸, und „sehr gut vorbereitet“²⁹, um „das große Projekt zustande zu bringen“³⁰.

Das war jetzt nur ein Phrasenausschnitt. *Report*-Moderatorin Susanne Schnabl dankte für die „vielen Überschriften“³¹ und verabschiedet freundlich-ironisch die Prä-Koalitionäre aus dem Studio: „Es passt derzeit kein Blatt zwischen Sie beide.“³²

Dieses *Report*-Interview zeigte einen Clash of Cultures: Öffentlich-rechtlicher TV-Journalismus des 21. Jahrhunderts, der sich bemüht, einem Informationsauftrag nachzukommen, trifft auf zwei Parteienvertreter, die sich eine Plattform für Phrasen-PR wünschen. Sie erinnern sich an den historischen Wunsch aus dem Jahr 1955? Fernsehen möge doch bitte das Regierungsgeschäft und die Koalition nicht stören.

Die zwei zentralen Interviewerinnen der heute geehrten Sendungen, Susanne Schnabl im *Report* und Patricia Pawlicki im *Hohen Haus*, stehen dem aber immer wieder mit souveräner Sachlichkeit und Beharrlichkeit entgegen. Ihre Interviews sind jeweils auf Erkenntnisgewinn ausgerichtet, als Orientierungshilfe für jene, die selbst Schlüsse ziehen wollen: die ZuseherInnen.

Öffentlicher Rundfunk ist auch in Österreich, wie *Report*-Chef Robert Wiesner beschreibt, „selbst Zielscheibe des Protestes gegen die Obrigkeit geworden“³³. Auch dem ORF wird jetzt immer wieder ein Nachrichten-Begriff vorgehalten, wie er im nächsten Collins Dictionary als „Word of the Year 2017“ aufgenommen werden wird: Der Begriff heißt „Fake News“.

Erlauben Sie uns also aus passendem Anlass des Rode-Preises, der bei Analyse journalistischer Qualität auch das Ringen um Wahrhaftigkeit voraussetzt, einen abschließenden Exkurs zu diesem Modewort. Die deutsche Entsprechung – die „Lügenpresse“ – wurde ja schon vor mehr als einem Jahrhundert geprägt und dann wieder vom NS-Regime propagandistisch genutzt. Zuletzt feierte sie eine Renaissance, etwa unter den AfD-Anhängern in Deutschland. Doch meist wird diese Kritik heute angelifiziert präsentiert – als „Fake News“, Donald Trump sei Dank.

Für manche ist dann fast nichts mehr als wahr erkennbar: „Alles Fake!“ rufen sie: Fake in der Politik, Fake im Internet, Fake in den Nachrichten.

²⁴ Ebenda.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Ebenda.

³⁰ Ebenda.

³¹ Ebenda.

³² Ebenda.

³³ Persönliches Gespräch mit Robert Wiesner, 8.11.2017.

Als MedienforscherInnen halten wir das für einen ganz und gar unbrauchbaren Begriff. In der Wortverbindung von „Fake“ und „News“ wird aus notwendiger Medienkritik ein zu Instrumentalisierung bestens geeigneter Kampfruf. Ein Begriff, der das geringe Vertrauen in Nachrichten, Politik, Plattformen – kurz einen allumgreifenden Skeptizismus gegenüber allen AkteurInnen des Informationsbetriebs – zum Ausdruck bringt und gleichzeitig doch nichts konkret bezeichnet.

Dieses „Wort des Jahres“ ruft undifferenzierte Assoziationen mit unterschiedlichsten Arten von Fehl- und Desinformation hervor, wie die Expertin Clare Wardle von der Info-Plattform *First Draft News* gut zusammenfasst.³⁴

Begriffe, Genres werden verwechselt. Zum Beispiel „Lügenpresse“ und Satire. Deren Mission war nie, ausgeglichen, wahrhaftig oder tatsachengetreu zu sein. Der Spaß ist allerdings vorbei, wenn Satire vom Publikum nicht als solche erkannt wird. Warnend betiteln denn die höchst vergnüglichen Satiriker von maschek. ihr aktuelles Programm „Fake! In Wahrheit falsch“.

Durchaus manipulativ sind andere Formen von Pseudo-Nachrichten: Sponsored Content etwa, der Journalismus nur imitiert, und andere Werbeformen wie Guerilla Marketing. Unlängst hat eine Agentur eine polizeiliche Anzeige gegen ein Firmenmaskottchen im Haikostüm wegen Gesichtsverhüllung selbst provoziert und forciert, um mediale Aufmerksamkeit zu bekommen. Das ist gelungen, es ging medial rund um die Welt.³⁵ Nennen wir das nicht „Fake News“, nennen wir es einfach höchst zweifelhaften Werbungsaktionismus. Guter Journalismus sollte sich davon nicht in die Irre führen lassen.

Tatsächlich gibt es die Fälle der wirklich gefälschten, von allen Fakten abgekoppelten Meldungen und Hoaxes im Internet – fabriziert zum Beispiel in inzwischen berühmt gewordenen mazedonischen Dörfern. Sie haben als einziges Ziel, Klicks für Werbegeld zu generieren. Das sind echte Fakes. Mit „News“ im journalistischen Verständnis haben sie allerdings gar nichts zu tun.

Gefährlicher für den öffentlichen Diskurs erscheint uns eine andere Form der Fehlinformation: Als Journalismus angetragene, aber nicht seinen professionellen Kriterien entsprechende Nachrichtenproduktion, oberflächlich, oft aufgeregt, meist ungeprüft und fern der Fakten. Das gibt es, auch in Redaktionen; unter wachsendem ökonomischen Druck in den Newsrooms sogar immer öfter, bemängeln in einer aktuellen Befragung von *Medienhaus Wien* die JournalistInnen der Traditionsmedien selbst.³⁶ Wer etwa am

³⁴ Zu dieser Diskussion siehe z.B. firstdraftnews.org. Schell, Katharina (2017): Alles nur gefälscht? Trusted Content und der Medienwandel. <https://medialab.apa.at/trusted-content/> (Zuletzt eingesehen am 18.11.2017). Nielsen, Rasmus Klein/Graves, Lucas (2017): „News you don't believe“: Audience perspectives on fake news. http://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2017-10/Nielsen%26Graves_factsheet_1710v3_FINAL_download.pdf (Zuletzt eingesehen am 20.11.2017).

³⁵ Nachzulesen in vielen Medien, z.B. unter o.A. (2017): Verhüllungsverbot: Anzeige wegen Hai-Kostüm. <http://wien.orf.at/news/stories/2871022/> (Zuletzt eingesehen am 20.11.2017).

³⁶ Befragung von Medienhaus Wien unter 170 JournalistInnen bei österreichischen Tageszeitungen. Siehe z.B. Kaltenbrunner, Andy/Luef, Sonja (2017): Newsroom-Integration bei österreichischen Tageszeitungen

Wahlabend im Oktober Hochrechnungen und Live-Analysen auf dem Sender *oe24.TV* verfolgt hat, weiß, welche fehlerhafte Kuriositäten-Show im freihändigen Umgang mit eigentlich objektivierbaren Daten möglich ist. Auch das sind keine Fake News. Das ist nur schlechter Journalismus – und gehört als solcher benannt. Das geschieht auch: Die Medienkritik-Website *kobuk.at* hat zum Beispiel die Wahlnacht in *oe24.TV* in sehr kompetenter Weise zusammenfassend dokumentiert.³⁷

Zum Kampfbegriff wird der Terminus „Fake News“ aber dann, wenn er für Journalismus verwendet wird, der manchen Gruppen oder auch Einzelnen gerade nicht gefällt. Zu „Fake News“ posten UserInnen in vielen Foren³⁸. Als „Fake News“ schmettern PolitikerInnen zwischen Washington und St. Pölten Recherche-Ergebnisse im ersten Reflex besonders dann ab, wenn sie zutreffend und sehr unangenehm sind. Die FPÖ-nahe Website *unzensuriert.at* führte eine „Fake News-Wochenschau“ ein, um Meldungen, die den Website-Betreibern weltanschaulich nicht gefallen, zu verunglimpfen. Da kommt der *ORF* besonders häufig schlecht weg, *Hohes Haus* und der *Report* sind hier regelmäßig genannt und werden als parteiisch denunziert. Wo Wahrheiten schon vor jeglicher Recherche und Nachdenkübung feststehen, erscheint eben alles als Schwindel, ja bedrohlich, als etwas, das irritieren könnte.

Erst aus Faktenumkehr entsteht also ein Fake News-Diskurs sui generis. Eindeutig nicht-journalistische Propaganda-Kanäle und digitale Partei-Portale mit klaren weltanschaulichen Interessen verwenden die Terminologie „Fake News“ für jenen Journalismus, der sich nachvollziehbaren und einklagbaren Qualitätsregeln und beruflichen Ehrenkodizes verpflichtet fühlt.

Nachweisbar verpflichtet. Denn: Guter Journalismus wird, wie die Magazine *Report* und *Hohes Haus*, nach definierbaren und immer wieder neu zu diskutierenden journalistischen Qualitätskriterien produziert. Zu Qualitätsjournalismus gibt es, entgegen vielfacher Behauptungen in Österreich, seit einem Vierteljahrhundert ein breites Forschungssubstrat in vielen Ländern. Kollegen wie Denis McQuail, Otfried Jarren, Stephan Ruß-Mohl, Vincenz Wyss, Klaus Meier³⁹ haben dazu umfangreich publiziert, um nur einige Wissenschaftler aus den USA und der deutschsprachigen Nachbarschaft hier anzuführen.

Österreich als Mikrokosmos der Modelle: Eine erste nationale Gesamtstudie zur Veränderung von Medienstrategien und Redaktionspraxis durch digitale Entwicklungen. <http://mhw.at/cgi-bin/page.pl?id=323;lang=de> (Zuletzt eingesehen am 20.11.2017) oder Karmasin, Matthias/Kaltenbrunner, Andy (2017): Veränderung ohne Ende. In: VÖZ (Hg.): Medienhandbuch Österreich 2017. Wien, Czernin.

³⁷ Kirchmeyr, Hans (2017): CNN trifft AstroTV. <https://www.kobuk.at/2017/10/oe24-cnn-trifft-astrotv/> (Zuletzt eingesehen am 17.11.2017).

³⁸ Siehe z.B. Schmid, Fabian (2017): Fake-News: Begriffs-Wirrwarr und Übernahme von rechts außen. <http://derstandard.at/2000050124664/Fake-News-im-Netz-Begriffs-Wirrwarr-und-Uebernahme-von-Rechtsausen> (Zuletzt eingesehen am 17.11.2017).

³⁹ Siehe z.B. McQuail, Denis (2013): *Journalism and Society*. Los Angeles, Sage. Jarren, Otfried/Donges, Patrick (1997): Redaktionelle Strukturen und journalistische Qualität. In: *MediaPerspektiven*, 4/97. S. 198-205. Ruß-Mohl, Stephan (1992): Am eigenen Schopfe....Qualitätssicherung im Journalismus – Grundfragen, Ansätze, Näherungsversuche. In: *Publizistik*, 37. Jahrgang. Heft 1, S. 83-96. Wyss, Vincenz (2003): *Journalistische Qualität und Qualitätsmanagement*. In: Bucher, Hans Jürgen/ Altmeppen, Dieter (2003): *Qualität im Journalismus. Grundlagen – Dimensionen – Praxismodelle*. Westdeutscher Verlag. S. 129-147. Meier, Klaus

Qualität im Journalismus ist also feststellbar, wie auch Qualität von Demokratie. Wer über solche Qualitäten nicht diskutieren mag oder sie als undefinierbar diffamiert, weiß wohl warum.

Für den *ORF* sind zentrale Qualitätskriterien ja genauer festgelegt als für die meisten anderen Medien in Österreich: im *ORF*-Gesetz, im Redakteursstatut, in den Programmrichtlinien.

Das Publikum allerdings sieht den Unterschied sehr oft nicht, das zeigen Studien, wie gerade wieder die aktuelle Untersuchung des *Reuters Institutes* der Oxford University vom Oktober 2017⁴⁰. Die Grenzen verschwimmen in der Wahrnehmung, wenn die ProduzentInnen jeglicher Partei-Propaganda nur laut und oft genug „Fake News“ schreien, wenn ihnen professioneller Journalismus gerade nicht passt. Es gilt die alte Metapher: Wenn einer sich in der Schlammgrube zuhause fühlt und von dort lange genug die anderen mit Dreck bewirft, kann er leider recht verlässlich hoffen, dass an allen etwas picken bleibt.

Deshalb ist es wichtig, dass öffentlich-rechtlicher Journalismus zäh und unbeirrt aufklärt. Dass er viel stärker auch aufklärt über seine eigene Arbeitsweise. Dass er die Problematik einer verpesteten Informationsökologie selbst zum Thema macht. Das ist zuletzt dem *Report* mit Beiträgen über Wahlkampftricks im Internet oder die Rolle der Sozialen Medien für die politische Entscheidungsfindung ebenfalls gut gelungen.

So wird, wie es Max Weber, übrigens vor exakt hundert Jahren, im November 1917, in seinem berühmten Vortrag für die Wissenschaft forderte, „Gewissheit vermittelt“⁴¹ und zugleich das „Postulat der Zurückhaltung persönlicher Überzeugungen“⁴² hochgehalten.

Als WissenschaftlerInnen und JournalistInnen sind wir aber gleichermaßen zum Zweifel verdammt.

Der deutsche Kommunikationsforscher Bernhard Pörksen schiebt dazu in seiner „Erkenntnistheorie der Journalistik“ pointiert: Wir sollten zwar solide recherchierte Gewissheiten vermitteln, diese müssten aber doch als „prinzipiell ungewiss und endgültig vorläufig“⁴³ gelten.

(2003): Qualität im Online-Journalismus. In: Bucher, Hans Jürgen/ Altmeyden, Dieter (2003): Qualität im Journalismus. Grundlagen – Dimensionen – Praxismodelle. Westdeutscher Verlag. S. 247-269.

⁴⁰ Nielsen, Rasmus Kleis/Graves, Lucas (2017): „News you don’t believe“: Audience perspectives on fake news. http://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2017-10/Nielsen%26Graves_factsheet_1710v3_FINAL_download.pdf (Zuletzt eingesehen am 17.11.2017).

⁴¹ Weber, Max (1919): Wissenschaft als Beruf. <http://www.wsp-kultur.uni-bremen.de/summerschool/download%20ss%202006/Max%20Weber%20-%20Wissenschaft%20als%20Beruf.pdf> (Zuletzt eingesehen am 20.11.2017).

⁴² Ebenda.

⁴³ Pörksen, Bernhard (2006): Die Beobachtung des Beobachters. Eine Erkenntnistheorie der Journalistik. UVK, Konstanz. S. 82.

Vordringliche Aufgabe für öffentlich-rechtlichen Politikjournalismus ist, die Grundlagen für dialektischen Diskurs in einer offenen Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, keine Wahrheit zu predigen, aber nach Wissen wahrhaftig zu suchen.

Das gelingt der *ORF-Sendung Hohes Haus* mit der kontinuierlichen, peniblen Analyse des österreichischen Parlamentarismus und es gelingt dem *ORF-Report*, der aus fragmentierten Politikdebatten doch wieder kritisch-fragend das Verständnis für Zusammenhänge herstellt und uns Überblick verschafft.

Wir vergeben an *Hohes Haus* und *Report* deswegen den Walther Rode-Preis 2017.

Laudatio: Andy Kaltenbrunner, Daniela Kraus und Sonja Luef.

Mit Diskussionsbeiträgen von Matthias Karmasin , Alfred J. Noll und Astrid Zimmermann.

Schlussredaktion: Renée Lugschitz.

Dank für die Unterstützung bei ORF-Archiv-Recherchen an: Michael Vielhaber